

Drohende Altersarmut in Bremen

Nach aktuell vorliegenden Presseberichten ist zu erwarten, dass die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter – besonders in Bremen – zunehmen wird, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass infolge von immer wiederkehrenden Phasen der Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse keine eigene Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung wie auch bei der „Riester-Rente“ erworben werden (können).

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§ 41 ff. SGB XII) ist eine seit dem 1. Januar 2003 in Deutschland bestehende bedarfsorientierte Sozialleistung zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts. Personen, die die Altersgrenze erreicht haben oder wegen Erwerbsminderung auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, erhalten damit eine Leistung, mit der das soziokulturelle Existenzminimum gedeckt werden soll.

Die Leistungen richten sich nach § 42 SGB XII und entsprechen denen der Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe. Die Leistungen werden nach Regelsätzen pauschaliert bemessen, die von den Landesregierungen festgelegt werden. Da auf die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder und Eltern weitgehend verzichtet wird und gleichzeitig der Bund seine Kostenbeteiligung sukzessive kürzen möchte, kann die Grundsicherung erhebliche Kosten für die Haushalte der Länder verursachen.

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit hat der Senat Kenntnis über entsprechende Prognosen hinsichtlich der Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter in den nächsten 10, 20 und 30 Jahren (getrennt nach Geschlecht, den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, Stadtteilen, Nationalität und derzeitigem Erwerbsstatus)?
2. Welche zusätzlichen Kosten fallen im Landeshaushalt nach derzeitigen Schätzungen des Senats für die zunehmende Gewährung der Grundsicherung im Alter in den nächsten 10, 20 und 30 Jahren an?
3. Welche Konzepte bestehen innerhalb des Senats zur Abmilderung der drohenden Altersarmut in Bremen wie auch der damit einhergehenden Haushaltsrisiken?
4. Welche Initiativen wird der Senat im Bundesrat einbringen, um das Thema drohende Altersarmut auf Bundesebene zu diskutieren?

Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE

Quelle: <http://www.linksfraktion-bremen.de/buergerschaft/anfragen/detail/artikel/drohende-altersarmut-in-bremen/>